

# DR. SCHRÖTER ♦ GOCKEL ♦ KREMPEL

RECHTSANWALTS- UND NOTARIATSKANZLEI  
ZERTIFIZIERT NACH DIN: EN ISO 9001:2008

DR. SCHRÖTER · GOCKEL · KREMPEL · RECHTSANWALTS- UND NOTARIATSKANZLEI  
POSTFACH 12 11 · 37592 HOLZMINDEN

Herrn  
Michael Pramann  
Borwelle 20  
37632 Eschershausen

**Az.: 00515/12 KR / ALG**


Bei Antwort und Zahlung unbedingt angeben

DR. BERND SCHRÖTER\* / \*\*  
RECHTSANWALT

WOLFGANG GOCKEL\*  
RECHTSANWALT UND NOTAR  
FAMILIENRECHT, ARBEITSRECHT, STRAFRECHT

GUNNAR KREMPEL\*  
RECHTSANWALT  
FACHANWALT FÜR VERKEHRSRECHT

POSTFACH 12 11  
37592 HOLZMINDEN  
FÜRSTENBERGER STR. 2  
37603 HOLZMINDEN  
TELEFON (0 55 31) 50 87 UND 50 88  
TELEFAX (0 55 31) 1 02 54  
E-MAIL: RAE-SCHROETER-GOCKEL@T-ONLINE.DE  
INTERNET: WWW.RAE-SCHROETER-GOCKEL.DE  
INTERNET: WWW.KREMPEL-RA.COM  
UST-ID-NR. DE 116010823  
GERICHTSFACH Nr. 16

 HINTER DEM HAUS

HOLZMINDEN, DEN 05.02.2014 kr/mr

**Pramann J. IHK Darmstadt**

Sehr geehrter Herr Pramann,

in vorbezeichneter Angelegenheit übersenden wir die anliegende Abschrift des Beschlusses des Landgerichtes Darmstadt vom 21.01.2014 mit der höflichen Bitte um Kenntnisnahme. Das Landgericht Darmstadt hat beschlossen:

**Die Berufung des Beklagten vom 29.08.2013 gegen das Urteil des Amtsgerichtes Darmstadt vom 05.08.2013 wird zurückgewiesen.**

**Der Beklagte hat die Kosten der Berufung zu tragen.**

**Das Urteil des Amtsgerichtes Darmstadt vom 05.08.2013, Az. 305 C 340/12, ist ohne Sicherheitsleistung vorläufig vollstreckbar.**

**Gegenstandswert für das Berufungsverfahren: 1.085,04 €**



BÜROZEITEN: MO. BIS FR. 8.00 - 12.30 UHR UND 14.00 - 17.30 UHR  
Postbank Hannover  
Kto.-Nr. 2775 35 307  
BLZ 250 100 30  
IBAN: DE23 2501 0030 0277 5353 07  
BIC: PBNKDEFF  
Volksbank Weserbergland eG Holzminden  
Kto.-Nr. 15 030  
BLZ 272 900 87  
IBAN: DE36 2729 0087 0000 0150 30  
BIC: GENODEF1HMV  
Commerzbank Holzminden  
Kto.-Nr. 57 3 611 100  
BLZ 272 400 04  
IBAN: DE42 2724 0004 0573 6111 00  
BIC: COBADEFFXXX  
Sparkasse Höxter  
Kto.-Nr. 10 015 543  
BLZ 472 515 50  
IBAN: DE16 4725 1550 0010 0155 43  
BIC: WELADED1HXB

♦ BETEILIGTENDATEN WERDEN NACH § 33 BDSG GESPEICHERT  
Braunschweigische Landessparkasse  
Kto.-Nr. 27 101 203  
BLZ 250 500 00  
IBAN: DE33 2505 0000 0027 1012 03  
BIC: NOLADE2HXXX  
Volksbank Paderborn-Höxter-Detmold e.G.  
Kto.-Nr. 3 311 190 300  
BLZ 472 601 21  
IBAN: DE53 4726 0121 3311 1903 00  
BIC: DGPBDE3MXXX

\* aufretungsberechtigt vor allen Amts-, Land-, Oberlandes-, Sozial-, Arbeits-, Verwaltungs-, Finanz- und Verfassungsgerichten  
\*\* in der Sozietät bis 2006

Die Ursachen dieser Entscheidung können Sie den Urteilsgründen entnehmen.

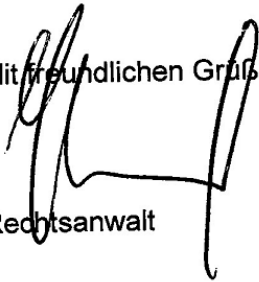
Ein Rechtsmittel gegen die Entscheidung selber ist nicht möglich.

Soweit Sie Ihr Grundrecht auf Meinungsfreiheit eingeschränkt sehen, müsste geprüft werden, ob Sie eine Verfassungsbeschwerde erheben wollen.

Weiterhin übersenden wir die anliegende Kostenrechnung für unsere Tätigkeit und bitten, den Rechnungsbetrag unter Angabe des Aktenzeichens auf eines unserer Konten auszugleichen.

Mit freundlichen Grüßen

Rechtsanwalt



# Landgericht Darmstadt 25. Zivilkammer

**Geschäfts-Nr.:** 25 S 210/13  
305 C 340/12 Amtsgericht Darmstadt  
Es wird gebeten, bei allen Eingaben die  
vorstehende Geschäftsnummer anzugeben



## Beschluss

RA Gockel und Krempel

03. Feb. 2014

Eingegangen

### In dem Rechtsstreit

Michael Pramann, Borwelle 20, 37632 Eschershausen,  
Beklagter und Berufungskläger

Prozessbevollmächtigte: Rechtsanw. Dr. Schröter und Kollegen  
Fürstenburger Straße 2, 37603 Holzminden,  
Geschäftszeichen: 00515/12 KR/ALG

gegen

Industrie- und Handelskammer Darmstadt, Rheinstr. 89, 64295 Darmstadt,  
Klägerin und Berufungsbeklagte

Prozessbevollmächtigte: Notos Rechtsanwälte  
Heidelberger Straße 6, 64283 Darmstadt,

hat das Landgericht Darmstadt – 25. Zivilkammer/Berufungskammer –  
in der Beratung vom 21.1.2014

einstimmig **beschlossen:**

Die Berufung des Beklagten vom 29.8.2013 gegen das Urteil des Amtsgerichts Darmstadt vom 5.8.2013 wird zurückgewiesen.

Der Beklagte hat die Kosten der Berufung zu tragen.

Das Urteil des Amtsgerichts Darmstadt vom 5.8.2013, Az. 305 C 340/12, ist ohne Sicherheitsleistung vorläufig vollstreckbar.

Gegenstandswert für das Berufungsverfahren: 1.085,04 €

### **Gründe:**

Die Berufung des Beklagten ist nicht begründet. Sie hat keine Aussicht auf Erfolg. Die Sache hat keine grundsätzliche Bedeutung und erfordert keine Fortbildung des Rechts oder die Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung. Auch eine mündliche Verhandlung ist nicht erforderlich (§ 522 Abs. 2 ZPO).

Auf die Beschlüsse der Kammer vom 23.10.2013 und vom 9.12.2013 wird Bezug genommen. Auch die Ausführungen im Schriftsatz vom 17.1.2014 rechtfertigen keine andere Entscheidung.

Zwar wollte der Kläger erkennbar Kritik daran üben, dass es bei der Beklagten eine Pflichtmitgliedschaft gibt. Er hat diese aber mit der Zwangsinternierung und Zwangsarbeit in der Zeit des Nationalsozialismus in Verbindung gebracht. Dieser Vergleich zielte darauf ab, die Zwangsmitgliedschaft mit den Zwangsinternierungen auf eine Stufe zu stellen und so das Ansehen der Klägerin herabzuwürdigen.

Es mag es sein, dass der Satz „Arbeit macht frei“ historisch auch in anderem Kontext genutzt worden ist. Bei den meisten Menschen weckt er aber Erinnerungen an die Konzentrationslager in der Nazizeit.

Unzutreffend ist, dass in Deutschland jede Äußerung mit dem Nationalsozialismus in Verbindung gebracht wird. Durch die Verwendung des Satzes „Arbeit macht frei“ (und die für

einen Großteil der Bevölkerung damit verbundenen Assoziationen) hat der Beklagte selbst diesen Zusammenhang hergestellt.

Das Bestreiten der Eigenschaft der Klägerin als Körperschaft des öffentlichen Rechts erfolgte erstmals in der Berufungsinstanz und damit verspätet nach § 531 ZPO.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 97 ZPO.

Die Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit folgt aus § 708 Nr. 10 ZPO.

**Blaeschke**

**Dr. Rau**

**Thoma**